

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

29. Jahrgang

Berlin, den 26. Januar 1962

Nummer 4

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die internationale und die westdeutsche Wirtschaftslage Mitte Januar 1962

Die internationale Situation

Nach wie vor bildet die Schwäche der beiden internationalen Leitwährungen — des Dollars und des Pfundes — das entscheidende weltwirtschaftliche Problem. Während sich in den Vereinigten Staaten die Zahlungsbilanzlage im Laufe der gegenwärtigen Expansion erneut erheblich angespannt hat, hat sie sich in Großbritannien zunächst wieder etwas günstiger gestaltet. Diese unterschiedliche Entwicklung ist nun keineswegs Ausdruck dafür, daß Großbritannien einer grundlegenden außenwirtschaftlichen Gesundung näher gerückt wäre als die Vereinigten Staaten. Eher das Gegenteil ist der Fall.

Es mehren sich die Anzeichen, daß es in den Vereinigten Staaten diesmal gelingen wird, den gegenwärtigen Wirtschaftsaufschwung in eine stetige Expansion überzuleiten. So sind die Masseneinkommen gegen Ende des vergangenen Jahres wieder stärker angestiegen. Da mit anhaltender Expansion zunehmend auf die immer noch sehr hohe Arbeitskraftreserve zurückgegriffen werden wird, dürfte sich diese Entwicklung fortsetzen. Damit wird die Voraussetzung dafür geschaffen, daß der private Verbrauch als Fundament der Wirtschaftstätigkeit in einem Maß anwächst, wie es zur Erhaltung eines expansiven Klimas erforderlich ist. Von einer ausgeprägten Zunahme des privaten Verbrauchs dürften auch stärkere Impulse auf die Anlageinvestitionen ausgehen.

Ist es auch für die Aufrechterhaltung eines kräftigen Wachstums notwendig, daß in den USA die Investitionsquote, d. h. der Anteil der Anlageinvestitionen am Sozialprodukt, angehoben wird, so braucht es doch nicht unbedingt negativ beurteilt zu werden, daß die Anlageinvestitionen der übrigen Nachfrage noch nicht vorangeeilt sind. Auch wenn die amerikanische Wirtschaft das Tempo ihrer Investitionsausdehnung vorerst nur zögernd beschleunigt und damit die Investitionsquote nur allmählich erhöht, so steht das durchaus mit dem Ziel der amerikanischen Wirtschaftspolitik im Einklang, ein stetiges Wachstum einzuleiten und zu sichern.

In dem Maße, wie es gelingt, dieses Ziel zu erreichen, verbessern sich auch die Aussichten auf eine fundamentale Bereinigung der amerikanischen Außenwirtschaftsschwierigkeiten. Die amerikanische Zahlungsbilanzschwäche erklärt sich nicht zuletzt daraus, daß die Vereinigten Staaten langfristig hinter dem Wachstum von Produktion und Produktivität in anderen wichtigen Industrieländern zurückgeblieben sind, was sich ungünstig auf ihre internationale Wettbewerbsstellung ausgewirkt hat. Es ist nun aber keineswegs überraschend, daß sich die amerikanische Zahlungsbilanzlage im jetzigen frühen Stadium der Expansion noch nicht entspannt, sondern im Gegenteil verschärft hat. Erhöhen sich doch am Anfang einer Expansion die Importe schneller als die Exporte und die Verbesserung der internationalen Konkurrenzfähigkeit durch die Erzielung hoher Produktivitätsfortschritte ist ein langwieriger Prozeß. Die gegenwärtige Verschlechterung der amerikanischen Zahlungsbilanzsituation ist darüber hinaus auch dadurch bedingt, daß sich seit Beginn des Wirtschaftsaufschwungs in den Vereinigten Staaten die Expansion in Westeuropa abgeschwächt hat.

Die Verschärfung der amerikanischen Außenwirtschaftsschwierigkeiten spiegelt sich in den erneuten Goldabflüssen aus den Vereinigten Staaten wider, die im Gegensatz zu Großbritannien keine Stützungskredite vom Weltwährungsfonds in Anspruch genommen haben. Die Relation zwischen der amerikanischen Goldreserve und der ausländischen Dollarhaltung hat sich somit weiter verschlechtert, wobei die kurzfristigen Dollarverpflichtungen nun schon um mehr als 3 Mrd. \$ über der Goldreserve liegen.

Wenn sich demgegenüber die britische Zahlungsbilanzlage gegenwärtig wieder etwas entschärft hat, so deswegen, weil einerseits das hohe britische Zinsniveau kurzfristiges Kapital ange lockt hat und andererseits die rückläufige Einfuhrentwicklung das Leistungsbilanzdefizit Großbritanniens vermindert hat. Zu einer dauerhaften Gesundung der britischen Außenwirtschaft kann jedoch die restriktive Politik, die die britische

Regierung nach wie vor verfolgt, nicht führen. Die Bemühungen, den Export durch Zurückhalten der Inlandsnachfrage zu forcieren, sind, wie die jüngste unbefriedigende Ausfuhrentwicklung deutlich zeigt, bereits im Ansatz verfehlt. Zur Belebung des Exportes genügt es ja nicht, Kapazitäten für die Produktion von Exportgütern bereitzustellen, wenn die geringe Konkurrenzfähigkeit der heimischen Erzeugnisse einer ins Gewicht fallenden Exportsteigerung entgegensteht. Die konjunkturelle Entwicklung im zweiten Halbjahr 1961 hat die Wettbewerbsstellung Großbritanniens eher weiter verschlechtert als verbessert. Bei rückläufiger Industrieproduktion ist vermutlich auch die Produktivität der britischen Wirtschaft gesunken, während der von der britischen Regierung verfügte Lohnstop nicht einmal im öffentlichen Bereich eingehalten werden konnte. Wenn auch die Wirtschaftsrückbildung in Großbritannien zunächst allein durch eine Abnahme der Lagerinvestitionen bedingt ist, so ist es doch nicht ausgeschlossen, daß in diesem Jahr auch andere Bereiche von den Rückgangstendenzen erfaßt werden. Die britische Regierung plant bisher keine Abkehr von ihrem restriktiven Kurs, um diesen Tendenzen entgegenzuwirken. Das kommt auch in der sehr pessimistischen offiziellen Vorausschätzung der Produktivitätsentwicklung für das Jahr 1962 zum Ausdruck, mit der die Regierung in einer kaum zu verwirklichenden Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften die weiteren Lohnsteigerungen zu begrenzen sucht.

Es fragt sich nun, ob die Mittel, die bei internationalen Institutionen für Sanierungskredite zur Verfügung stehen bzw. spezielle Devisenhilfen zahlungskräftiger Länder, sinnvoll genutzt werden, wenn sie Ländern zugutekommen, die eine für die Bereinigung ihrer Zahlungsbilanznöte ungeeignete Wirtschaftspolitik betreiben, weil sie — wie Großbritannien — das außenwirtschaftliche Risiko einer expansiven Wirtschaftspolitik scheuen, die jedoch bei der gegebenen Konstellation allein zu einer Verbesserung ihrer internationalen Wettbewerbsposition führen könnte. Zwar verfügt der Weltwährungsfonds nun im Bedarfsfalle über zusätzliche Mittel in Höhe von 6 Mrd. \$. Dennoch wird man im Interesse einer währungspolitischen Stabilisierung nicht von der Forderung abgehen können, daß diese Mittel wirkungsvoll eingesetzt werden, d. h. Kredite überwiegend Ländern gewährt werden, die eine zweckentsprechende Politik zu betreiben gewillt sind.

Westdeutschland

Zu Beginn des neuen Jahres ist die konjunkturelle Lage der westdeutschen Wirtschaft durch ein weiteres Fortschreiten der Gewichtsverlagerungen unter den die Expansion vorantreibenden Ausgabenströmen gekennzeichnet. Diese Verschiebungen werden zunächst mit einer weiteren Abschwächung des Wachstums einhergehen, da auch die beschleunigte Zunahme der öffentlichen Verbrauchs- und Investitionsausgaben, auch wenn sie sich in den kommenden Monaten erwartungsgemäß noch stärker als bisher akzentuieren wird, die nachlassende Steigerung der gewerblichen Investitionen sowie des Exports nicht auszugleichen

vermag und der private Verbrauch seine Tendenzen ebenfalls eher in Richtung eines leicht verlangsamten Anstiegs ändern wird. Die Verminderung der Auftragsbestände in jenen Industriebereichen, die schon bisher auf ihre Auftragsreserven zurückgreifen mußten, wird möglicherweise beschleunigt fortschreiten; denn so wie in Zeiten steigender Auftragsbestände und länger werdender Lieferfristen frühzeitiger als vordem bestellt, der Ordereingang daher gewissermaßen sekundär verstärkt wird, bewirken heute die kürzer werdenden Lieferfristen eine Umstellung auf kürzerfristige Dispositionen der Besteller. Damit stellen sie zunächst ein sekundäres Abschwächungsmoment der Nachfrage dar. Trotz dieser veränderten Nachfragesituation sind Beschäftigungseinbrüche und damit eine Gefährdung der Vollbeschäftigung sicherlich auch weiterhin nicht zu gewärtigen. Das ändert aber nichts daran, daß eine an Wachstum und nicht lediglich an Vollbeschäftigung orientierte Diagnose die sich zur Zeit durchsetzenden Entwicklungstendenzen eher zurückhaltend als optimistisch beurteilen wird. Denn die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung allein gewährt eben nicht schon die Ausschöpfung des Leistungspotentials. Bei gegebener Beschäftigungszahl vermag diese vielmehr auf Grund des Einflusses der Angebots-Nachfrage-Konstellation auf Arbeitsvolumen und Produktivität eine je nach der Gesamtlage sehr unterschiedliche Leistung abzugeben, und gegenwärtig bleibt die Leistung, d. h. der Zuwachs an Produktivität, erheblich hinter dem Möglichen zurück. Wie sich die Nachfrageberuhigung in einer langsameren Effizienzsteigerung niederschlägt, führt sie gleichzeitig auch zu einem Rückgang der Fluktuation von Arbeitskräften. Dieser Rückgang ist heute ein ungleich brauchbareres Indiz für die nachlassende Beanspruchung von Arbeitskräften als die Entwicklung der Anzahl offener Stellen im Verhältnis zur Zahl der Arbeitslosen. Seine Ursachen sind darin zu suchen, daß angesichts der langfristigen Knappheitstendenzen am Arbeitsmarkt Entlassungen von den bereits im Schatten der Konjunktur stehenden Unternehmungen nicht in dem an sich erforderlichen Umfange vorgenommen werden und die Abwerbung von Arbeitskräften durch die Spitzenreiter der Konjunktur nachgelassen hat, weil auch hier die Entwicklung nicht mehr so stürmisch wie bisher verläuft. Die Mobilität der Arbeitskräfte, die im Endergebnis der laufenden quantitativen und qualitativen Anpassung der Beschäftigungsstruktur an die Nachfrage dient, wird hierdurch unter das erforderliche Maß gedrückt. Die nachlassende Konkurrenz um Arbeitskräfte ist selbstverständlich auch ein Faktor, der auf den weiteren Anstieg der effektiven Lohn- und Lohnnebenkosten verzögernd einwirkt. Dies gälte selbst dann, wenn sich die Gewerkschaften mit ihren tariflichen Forderungen durch die geänderte Nachfragesituation in den Unternehmungen nicht beeindrucken ließen. Vermutlich wird aber auch die tarifpolitische Komponente der Lohn- und Gehaltssteigerungen schwächer werden, angesichts der schwierigeren Konjunktursituation allerdings in härteren Verhandlungen als sie für Jahre der Hochkonjunktur charakteristisch sind. Auf Arbeitskämpfe sollte man es indessen möglichst

nicht ankommen lassen, auch wenn die Arbeitgeber unter dem Einfluß einer weniger drängenden Nachfrage einem Streik ruhiger entgegenblicken können als bei hoher Kapazitätsauslastung, ja, der Streik teilweise, jedenfalls wenn er überregional geführt wird, als eine nicht unwillkommene Form der Anpassung der Produktion an die Nachfrage betrachtet werden mag.

Der Folgerung, daß bei einem verlangsamten Anstieg der Lohn- und Gehaltssätze die Preisauftriebskräfte nennenswert schwächer sein werden als bei Lohn- und Gehaltssteigerungen, wie sie mit einer auch weiterhin tendenziell gegen die Kapazitätsgrenzen drückenden Angebots-Nachfrage-Konstellation einhergehen würden, dürfte keine realistische Einschätzung aller preisbestimmenden Faktoren zugrunde liegen. Gerade wie in den Phasen beschleunigten Aufschwungs auslastungsbedingte Kostendegressionen den Preiserhöhungen engere Grenzen setzen als in Anbetracht des Nachfragesogs allein zu erwarten wäre, verhindern die bei rückläufiger Kapazitätsausnutzung wirksam werdenden Kostenprogressionen und Schmälerungen der Gewinnspannen jene allein an der Nachfrage orientierte Reaktion der Preise. Das hat zur Folge, daß die Preise nicht nur in den Beschleunigungsphasen des Prozesses, sondern auch bei seiner Verlangsamung sich der Nachfrage zunächst kaum anpassen. Vor allem aber zieht eine unter dem Eindruck der schwächeren Nachfrage zeitweilig etwas weniger dringlich betriebene Erhöhung der Leistungsfähigkeit die Angebotsgrenzen für die Zukunft desto enger, so daß Verlangsamungsphasen schon auf mittlere Sicht nicht günstigere, sondern ungünstigere Voraussetzungen für das Angebotspotential und die Möglichkeit schaffen, bei künftig sich wieder verstärkenden Anforderungen an die Produktion die Marktspannungen in einem fruchtbaren Rahmen zu halten. Da der Expansionsspielraum — so paradox es klingen mag — nur durch seine ständige Ausnutzung erhalten bleibt, kommt es auf diese

Ausnutzung desto mehr an, wenn der Spielraum, wie im Fall der westdeutschen Wirtschaft, bereits verhältnismäßig gering geworden ist.

Damit der Gegensatz zwischen unvollständiger Ausnutzung des Expansionsspielraums und steigenden Preisen nicht über das schon von der Lohnseite her gegebene Maß verschärft wird, müssen andere Kostenbelastungen der Wirtschaft konsequent vermieden werden. Ist schon eine rechtzeitige Steuerkorrektur nach unten nicht erfolgt, so kann wenigstens der geplante erhöhte Staatsbedarf, der im Bundeshaushalt eine Deckungslücke aufreißen wird, auf keinen Fall durch zusätzliche Steuern finanziert werden. Änderungen des Finanzsystems, d. h. auf kurze Sicht wenigstens Übergangslösungen, die Steuererhöhungen zu vermeiden erlauben, sind also nicht nur unter finanzpolitischen Gesichtspunkten im engeren Sinn, sondern gerade auch unter generellen wachstums- und wirtschaftspolitischen Aspekten unumgänglich. Die Heranziehung langfristiger Kapitalmittel dürfte keineswegs so sehr im Vordergrund stehen, wie mancherorts ins Auge gefaßt zu sein scheint; denn die Skala der Kreditmöglichkeiten umfaßt außer ihnen auch noch kurz- und mittelfristige Papiere, ganz zu schweigen von der Manövriermasse, die der Kassenplafond bei der Bundesbank bietet. Aber auch die Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarktes an langfristigen Titeln ist durchaus kein Datum, sondern unterliegt der Beeinflussung durch die monetären Instanzen. Auch wenn die ungewöhnliche Spanne zwischen kurz- und langfristigen Zinssätzen an den Kreditmärkten auf eine hohe Liquiditätsvorliebe der Anleger hindeutet, so ist auf der anderen Seite zu berücksichtigen, daß die Bundesbank bisher von den ihr für die Auflockerung der Nachfrage nach festverzinslichen Titeln zur Verfügung stehenden Möglichkeiten noch immer einen behutsamen Gebrauch macht. Es deutet aber vieles darauf hin, daß sie bereit ist, den Weg einer Auflockerung der inländischen Kreditmärkte auch weiterhin zu gehen.

Zur Entwicklung des Wohnungsbaus in der Sowjetunion

Der nachstehende Bericht gibt einige Ergebnisse einer ausführlichen Untersuchung wieder, die vom DIW soeben veröffentlicht wurde.¹⁾ Darin wurde versucht, das an vielen Stellen verstreut vorhandene Material zur Beurteilung der sowjetischen Wohnungsversorgung und Bautätigkeit zusammenzufassen und die erzielten Leistungen durch einen internationalen Vergleich deutlich erkennbar zu machen. Bei diesem Vergleich ist zu beachten, daß der sowjetische Wohnungsbau sich seit langem vorwiegend auf die Städte konzentriert.

Im zaristischen Rußland war die Wohnungswirtschaft — im Vergleich zu anderen europäischen Ländern — noch völlig unterentwickelt. Auch nach der Revolution begann die Bautätigkeit erst in den dreißiger Jahren spürbar zu expandieren. Bis dahin hatte man geglaubt, allein durch die gleichmäßige Verteilung des vorhandenen Wohnraums auf die Stadtbevölkerung und durch die Beseitigung der Gegensätze von Stadt und Land das Wohnungsproblem lösen zu können.

Ein starker Nachholbedarf

In Wirklichkeit nahm die Stadtbevölkerung so stark zu, daß das Wohnungsproblem immer brennender wurde. Allein bis zum zweiten Weltkrieg suchten in den Städten rund 35 Millionen Menschen neuen Wohn-

raum. Dabei wuchs Stadtbevölkerung und Wohnfläche nahezu im Gleichschritt, so daß die Je-Kopf-Quote des Wohnraums (Netto-Wohnraum) von 4 bis 6 qm in diesem Zeitraum nahezu konstant blieb.

Ob diese Entwicklung von den Planungsbehörden absichtlich angestrebt wurde, läßt sich nicht nachweisen. Jedenfalls hat die Beibehaltung dieser „Mindestnorm“ von 4 bis 6 qm bewirkt, daß nicht mehr Menschen in die Städte einströmen konnten als zusätzlicher Wohnraum im Rahmen dieser Mindestnorm gebaut wurde. Dadurch blieb der Verstädterungsprozeß im Griff der staatlichen Wirtschaftsplanung. Angesichts der wachsenden Probleme der Verstädterung bot sich hier eine wirksame Methode zur Vermeidung städti-

¹⁾ A. Kruse: „Der sowjetische Wohnungsbau.“ Sonderheft des DIW, N. F. Nr. 58.

scher Arbeitslosigkeit und Verelendung an. Jedoch ist dies nur bei einem staatlich gelenkten Wohnungsbau, extrem knapper Wohnraumversorgung und vor allem nur bei klimatisch ungünstigen Bedingungen möglich.

Auch die Nachkriegsjahre brachten in den Städten zunächst keine Verbesserung der Je-Kopf-Versorgung mit Wohnraum in der Sowjetunion mit sich, obwohl die Bautätigkeit in den fünfziger Jahren deutlich zunahm. Der Grund hierfür waren die starken Kriegsverluste an Wohnraum, die größer waren als die Bautätigkeit der letzten sechs Vorkriegsjahre²⁾. Überdies mußten die Industriesiedlungen, die während des Krieges in aller Eile im Osten des Landes improvisiert wurden, ausgebaut werden. Sie gaben hierbei den Anstoß zu einer bedeutenden Welle von Städtegründungen.

Erst im laufenden Siebenjahresplan (1958 bis 1965) verbesserte sich die Wohnraumversorgung spürbar. Inzwischen stieg die Brutto-Wohnfläche auf über 8 qm je Stadtbewohner. Man darf mit einiger Sicherheit annehmen, daß sich bis zum Jahre 1965 die Je-Kopf-Quote auf 11 qm erhöhen wird. Damit wäre ein erster Abschnitt im sowjetischen Wohnungsbau erreicht. Erstens würde damit die durchschnittliche Je-Kopf-Quote das „physiologische Minimum“ überschreiten, das sich auf rund 9 qm beläuft. Zweitens würde dann bei einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von 36 qm praktisch jedem Haushalt in der Sowjetunion eine geschlossene Wohnung zur Verfügung stehen. Damit vollzieht sich zugleich eine deutliche Abkehr von der Kollektivwohnung, die lange Zeit hindurch das erklärte Ziel des staatlichen Wohnungsbaus gewesen ist: Sie sollte die vom Lande hereinströmenden Arbeitskräfte zur neuen kommunistischen Gesellschaft verschmelzen. Jedoch erwies sich das Streben der Mieter nach einer eigenen Wohnung, die sie nicht mit Fremden teilen müssen, als stärker.

Lebhafte private Bautätigkeit

Diesem Drang nach einer eigenen Wohnung ist wohl auch die starke Bautätigkeit der privaten Haushalte zuzuschreiben. Obschon der Staat mit dem weitaus größten Anteil am Wohnungsbau beteiligt ist, sind die privaten Investitionen in den letzten Jahren ständig gestiegen. Nach anfänglichen Verboten — auch der Hausbesitz war zunächst untersagt — ist diese Art der Bautätigkeit seit 1955 von der Regierung wieder bewußt gefördert worden. Im Jahre 1960 erreichten die privaten Aufwendungen für Wohnungen rund 40 vH der Ausgaben für den staatlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau. Der private Anteil am gesamten Wohnungsbestand war sogar noch höher.

Hieran wird in der Sowjetunion immer wieder Kritik geübt, weil diese Entwicklung nicht mit der marxistischen Ideologie vereinbar sei. Jedoch werden antlicherseits die Privatpersonen zu noch stärkerer Beteiligung am Wohnungsbau ermuntert. Der Hausbesitz ist selbst im Falle von Steuerschulden frei von Beschlagnahmen, kann verkauft und vererbt werden. Privatpersonen können auch zwei Häuser besitzen, jedoch ist die Größe eines Privathauses auf fünf Wohnräume (Hilfsräume sind frei) beschränkt.

Anzeichen für eine bevorstehende Einschränkung des privaten Wohnungsbaus liegen bisher nicht vor; jedoch sollen Privatpersonen in Zukunft mehr als bisher mit Hilfe von Wohnungsbaugenossenschaften

²⁾ Die Kriegsverluste an Menschen betrafen dagegen offensichtlich mehr die ländliche als die städtische Bevölkerung.

bauen, ohne daß aber hierdurch die private Initiative und der Privatbesitz geschmälert werden. Die Errichtung von kleinen und nicht ganzjährig benutzten Häuschen am Stadtrand wird allerdings neuerdings verhindert, wohl um die private Bautätigkeit auf feste Stadthäuser zu konzentrieren. Auch soll hiermit wohl gleichzeitig ein allzu starkes Auswachsen der Vorstädte und der Bau improvisierter Wohnungen vermieden werden.

Qualitätsstandard und kommunale Versorgungsdienste

Es versteht sich, daß bei einer jahrzehntelangen Unterversorgung mit Wohnraum die qualitative Beschaffenheit der alten und neuen Wohnungen bis heute noch sehr starke Mängel aufweist. Allein schon die „Parzellierung“ der Wohnungen und ihre Überfüllung bei ständigem Zu- und Abzug der Mitglieder einer sich erst neu bildenden Industriegesellschaft drückten den Qualitätsstandard der Wohnhäuser sehr erheblich herab, während die Qualität der Neubauten durch die Schwierigkeiten einer im Aufbau befindlichen kommunalen Verwaltung beeinträchtigt wurde.

Die kommunalen Versorgungsdienste ließen von Anfang an ebenfalls manches zu wünschen übrig. So hatten noch kurz vor dem zweiten Weltkrieg von über 2000 Städten der Sowjetunion nur jede fünfte Stadt ein vollständiges Wasserleitungsnetz, nur 6 vH ein Kanalisationsnetz und nur 3 vH ein Gasnetz. In Leningrad lebten 100 000 Menschen ohne elektrisches Licht, in Moskau 50 000. Inzwischen sind die Systeme für Wasser-, Kanalisations- und Energieversorgung jedoch weitgehend ausgebaut worden. Besonders verbreitet ist heute auch die Zentralheizung (z. B. bei 67 vH der Wohnfläche in Moskau).

Internationaler Vergleich

Trotz der erheblichen Anstrengungen der Nachkriegszeit, die sich in stark wachsenden Investitionen auswirkten, ist der heutige Versorgungsstand der sowjetischen Bevölkerung mit Wohnraum im Vergleich zu anderen Industrie-Nationen nach wie vor noch recht niedrig.

Wohnraum (brutto) je Einwohner
in qm

Land	1950	1955	1959
UdSSR	7,4	7,4	8,3
Bundesrepublik Deutschland	1)14,4	16,1	17,8
Ver. St. v. Amerika	22,3	22,7	2)22,9

1) 1951. — 2) 1958.

Demnach ist die durchschnittliche Wohnraumversorgung in der Sowjetunion derzeit knapp halb so hoch wie in der Bundesrepublik und erreicht ein reichliches Drittel des Standes in den USA.

Auch am Ende des laufenden Siebenjahresplans wird die Sowjetunion noch weit davon entfernt sein, die beiden Vergleichsländer in der Je-Kopf-Versorgung mit Wohnraum erreicht zu haben. Voraussichtlich wird im Jahre 1965 der Wohnraumbestand (brutto) je Kopf der Bevölkerung in der UdSSR 11 qm, in der Bundesrepublik 20 qm und in den Vereinigten Staaten 25 qm betragen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 5 u. Bonn, Koblenzer Str. 170.
Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium*: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Hans Liebe, Dr. Herbert Martell, Prof. Dr. Joschim Tiburtius.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2. Druck: Buch- und Kunststruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—;



Gegenstand	Gebiet*)	Einheit†)	1960				1961											
			Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
Anzahl der Werktage:			26	26	24,3	26	25,7	24	26	24	24	24,2	24	26,9	26	26	24,4	
Bevölkerung																		
Bevölkerungsbestand, insgesamt	D	1000	E	73000	.	.	73100	.	.	73300	.	.	73600	
"	BRD*)	"	"	53601	o)53660	o)53712	53756	53812	53874	53963	54035	54121	54214	54290	54378	.	.	
"	W-B	"	"	2203	2204	2203	2202	2202	2201	2202	2202	2203	2204	2206	2216	2210	2204	2199
"	O-B	"	"	1075	.	.	1072	.	.	1072	.	.	1072	
"	SBZ	"	"	16150	.	.	16117	.	.	16095	.	.	16070	
Bevölkerungsbewegung (Geburten ¹⁾)	BRD*)	auf 1000 Einwohner und 1 Jahr berechnet	"	17,9	16,1	16,2	16,7	18,3	19,3	19,4	19,2	19,1	18,1	17,8	17,8	18,0	17,7	
"	W-B	"	"	10,7	9,3	9,1	9,3	10,1	10,6	10,8	11,4	10,7	10,5	10,3	10,1	10,8	10,4	
"	SBZ ^{1b)}	"	"	17,6	16,3	16,6	16,5	16,6	18,5	17,9	18,1	18,5	17,5	16,6	17,0	.	.	
Sterbefälle ²⁾	BRD*)	"	"	9,6	10,8	11,0	11,7	12,1	11,6	11,0	11,1	10,8	10,9	9,9	10,0	9,9	10,3	
"	W-B	"	"	14,0	16,1	16,3	17,0	18,1	17,7	16,0	16,3	15,8	15,4	14,0	14,8	14,8	16,2	
"	SBZ ^{1b)}	"	"	10,8	12,5	13,0	13,5	13,2	14,3	12,6	13,0	13,1	13,2	12,1	11,5	.	.	
Eheschließungen	BRD*)	"	"	8,1	8,8	8,3	8,4	5,7	7,1	8,0	9,8	12,0	9,8	11,1	15,7	8,3	8,2	
"	W-B	"	"	10,1	9,6	7,8	9,7	6,2	7,6	10,1	9,1	11,6	11,3	10,6	12,8	11,5	8,9	
"	SBZ ^{1b)}	"	"	9,1	10,0	7,6	11,0	5,5	7,3	8,3	9,9	13,6	9,2	12,2	12,4	.	.	
Deutsche Bundesbahn																		
Personenverkehr	BRD*)	1954 = 100	S	103	100	101	96	109	103	93	97	96	90	99	84	97	96	
Bef. Personen, kalendertägl.	BRD*)	Mill.	"	3243,1	3006,0	2690,6	3043,0	3054,1	2633,3	2978,1	2800,6	2627,2	3518,4	4358,8	3664,1	3243,0	3041,6	
Geleistete Personen-km ³⁾	BRD*)	"	"	
Güterverkehr	BRD*)	1954 = 100	"	135	146	152	138	125	128	131	135	135	134	131	125	129	141	
Beförderte Güter, arbeitstägl.	BRD*)	Mill.	"	5419,7	5750,0	5691,4	5452,2	5039,0	4872,1	5511,3	5049,7	5120,4	5350,0	5458,0	5460,1	5449,4	5969,5	
Geleistete Nettotonnen-km ⁴⁾	BRD*)	1000	TD	69,0	73,1	74,6	69,1	62,8	64,7	66,8	68,2	68,4	68,3	66,4	64,9	67,1	71,5	
Wagengestellung, arbeitstägl.	"	"	"	
Straßenverkehr																		
Bef. Pers. auf Straßenbahnen ⁵⁾	BRD*)	Mill.	S	243,8	258,5	261,9	272,6	260,7	246,1	258,9	245,3	249,8	242,1	236,1	225,0	237,8	253,5	
" in Kraftomnibussen ⁶⁾	BRD	"	"	213,8	231,5	238,2	251,6	254,2	234,8	239,8	229,6	235,8	226,0	225,3	224,1	o)231,1	242,2	
Geleistete Tonnen-km im gewerblichen Güterfernverkehr ⁷⁾	"	"	"	1627	1621	1640	1475	1414	1394	1649	1502	1607	1619	1601	1668	1642	.	
Gel.Tonnen-km im Werkfernverh. ⁸⁾	"	"	"	339	332	328	298	290	288	343	314	339	338	343	371	360	.	
Zulassung v. fabrikneuen Kraftfahrzeugen insgesamt	"	Stück	E	100069	97192	87293	83568	80235	106499	164666	116487	123989	124204	98467	91549	114813	122371	
dar.: Personenkraftwagen	"	"	E	78499	75483	66736	63224	59912	78859	124117	86098	92810	94855	71950	69077	88536	94213	
Binnenschifffahrt⁹⁾																		
Beförderte Güter, arbeitstägl.	BRD*)	1954 = 100	S	163	164	167	154	141	141	168	178	180	184	175	173	168	.	
Geleistete Nettotonnen-km	"	Mill.	"	3449,4	3459,0	3404,4	3157,9	2947,4	2788,7	3609,4	3502,2	3577,8	3767,4	3738,4	3873,9	3543,5	3069,1	
Seeschifffahrt																		
Güterverkehr, insgesamt	BRD	1000 t	S	6403,5	6740,3	6949,8	6974,7	7163,4	6051,4	6630,7	6742,2	6660,3	6872,2	6521,5	6959,5	6984,3	7202,8	
dar.: Auslandsverkehr ¹⁰⁾	BRD	1954 = 100	"	5941,3	6266,4	6540,8	6610,9	6734,6	5732,7	6236,2	6368,9	6263,8	6410,9	6120,2	6462,5	6494,4	6813,3	
Deutscher Seefrachtenindex	"	"	"	174	184	201	197	199	183	182	206	197	199	181	184	194	199	
Linienfahrt	BRD	2.Hj. 54 = 100	D	122,1	122,3	122,8	122,5	124,9	125,5	125,0	124,9	125,5	125,4	126,1	126,6	127,4	129,1	
Trampfahrt	"	"	"	72,2	72,7	78,9	80,7	78,5	74,1	72,0	70,9	70,2	70,6	72,9	73,6	79,3	80,4	
Tankerfahrt	"	Mot/Sc. = 100	"	52,2	53,7	57,5	67,7	53,8	44,2	44,3	39,3	32,6	36,9	41,5	47,0	42,9	46,5	
Luftverkehr¹¹⁾																		
Fluggäste	BRD	1000	S	743,9	671,8	506,0	495,2	472,3	405,3	559,9	599,9	739,2	743,5	886,3	891,5	793,3	.	
Fracht	"	t	"	7984	8593	8580	8984	7723	7289	9225	8697	8483	8486	8318	9491	.	.	
Post- und Fernmeldeverkehr																		
Nachrichtenverkehr ¹²⁾	BRD	1950 = 100	S	212,2	212,7	221,5	242,3	207,4	203,2	221,8	208,9	211,5	209,9	205,8	221,7	219,4	232,7	
Briefsendungen	"	Mill.	"	736	748	779	891	699	664	814	700	702	688	683	747,8	758,3	896,8	
Gewöhnliche Paketsendungen	"	"	"	23	26	30	37	21	21	27	22	23	21	20	22	24	33	
Telefongespräche	"	"	"	390	387	402	421	392	395	386	397	405	407	394	403	406	413	
Gutschriften i. Postcheckdienst	"	Mill. DM	"	21828	22616	22666	26492	23534	20715	23527	22806	23342	23631	23910	24214	23853	24639	
Guthaben auf Postsparkassentk.	"	"	D	3134	3151	3167	3213	3341	3418	3477	3504	3542	3571	3625	3635	3621	3645	
Einzelhandelsumsätze																		
Gesamter Einzelhandel	BRD**)	1954 = 100	S	148	168	175	246	142	140	175	161	169	160	167	163	162	184	
Nahrungs- und Genussmittel	"	"	"	145	151	149	202	139	138	166	155	163	158	163	161	162	160	
Bekleidung und Wäsche	"	"	"	129	179	184	268	132	124	171	156	162	146	159	147	134	193	
Hausrat und Wohnbedarf	"	"	"	179	193	207	296	159	152	184	168	178	169	184	190	194	214	
sonstiger Einzelhandel	"	"	"	165	169	182	272	158	160	197	175	183	179	178	177	179	205	
Index der Grundstoffpreise																		
Grundstoffe insgesamt	BRD**)	1938 = 100	D	249	249	250	250	250	250	248	247	250	250	252	252	251	251	
"	"	1950 = 100	"	130	130	131	131	131	131	129	129	130	131	132	131	131	131	
Grundst. inländischer Herkunft	"	"	"	137	138	138	138	138	138	138	137	139	139	141	140	140	140	
" ausländischer	"	"	"	95	95	95	94	95	95	92	91	91	89	89	89	89	89	
Grundst. landwirtschaftl. Herk.	"	"	"	115	115	116	116	116	116	114	114	117	117	119	118	117	118	
" industrieller	"	"	"	146	146	146	146	147	147	146	146	145	145	145	146	146	146	
Index der Erzeugerpreise																		
Gesamte Industrie	BRD**)	1938 = 100	D	236	237	237	237	238	238	238	238	238	238	238	238	239	239	
"	"	1950 = 100	"	127	127	127	127	128	128	128	128	128	128	128	128	128	128	
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	"	"	"	139	139	139	139	139	139	139	139	139	139	139	139	139	138	
Investitionsgüterindustrien	"	"	"	137	138	138	139	139	139	139	139	140	140	141	141	141	141	
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	104	105	105	106	106	106	106	106	106	106	106	105	105	106	
Nahrungs- u. Genussmittelind.	"	"	"	105	106	106	106	107	107	107	107	107	107	107	107	108	108	
Index der Einzelhandelspreise																		
Insgesamt	BRD*)	1938 = 100	D	193	194	194	195	196	196	197	196	197	198	200	200	199	201	
"	"	1950 = 100	"	112	112	113	113	113	114									

Gegenstand	Einheit †)	Woche:	Vorjahr					Gegegenwart								
			18.-24. Dez. 1960	25.-31. Dez. 1960	1.-7. Jan. 1961	8.-14. Jan. 1961	15.-21. Jan. 1961	19.-25. Nov. 1961	26. Nov. bis 2. Dez. 1961	3.-9. Dez. 1961	10.-16. Dez. 1961	17.-23. Dez. 1961	24.-30. Dez. 1961	31. Dez. bis 6. Jan. 1962	7.-13. Jan. 1962	14.-20. Jan. 1962
			52.	53.	1.	2.	3.	47.	48.	49.	50.	51.	52.	1.	2.	3.
Produktion																
Geschäftstätigkeit in USA	1957=100		103,6	103,2	103,0	103,0	104,0	115,0	115,8	116,8	115,9	115,2	115,9	115,8	.	.
Industrieproduktion in USA	1947/49 = 100		158,4	157,1	155,6	151,3	157,6	178,2	178,5	180,3	181,5	184,1	187,5	187,7	190,3	.
Stahlkohlenerzeugung in d. BRD ¹⁾	1000 t	WS	2705	2131	2775	2837	2841	2831	2908	2807	2999	3142	2072	2678	2813	.
" " Großbritannien	"	"	"	3414	"	3961	3978	4153	4170	"	"	"	2063	3117	.	.
Kohlenförderung in USA	"	"	6858	5996	6323	7248	6432	○) 8056	○) 7864	○) 7711	○) 7747	○) 7679	○) 5593	○) 6713	.	.
Rohtabherzeugung in d. BRD ¹⁾	"	"	388	299	462	485	495	415	430	440	437	395	224	347	429	.
" " USA	"	"	1211	1018	1001	1235	1344	○) 1843	○) 1881	○) 1958	○) 1996	○) 1889	○) 2018	○) 1911	2081	.
Kraftwagenherstellung in USA	1000 Wagen	"	115	88	88	132	118	147	189	190	165	174	125	141	170	.
Stromverbrauch in West-Berlin ²⁾	Mill. kWh	"	58,5	50,4	56,2	56,8	57,6	54,4	59,0	59,0	60,5	64,2	54,3	57,5	58,7	57,7
Güterverkehr																
Wagengestellung b. d. Dt. Bundesbahn ³⁾	1000 Wagen	WS	380,4	286,4	314,4	368,4	364,1	371,1	414,5	404,9	401,5	366,7	216,3	271,5	358,5	.
Zahlungsverkehr																
Zahlungsmittelumlaf in BRD u. West-Berlin	Mill. DM	BSt	20614	21839	20627	.	20181	21106	24602	24022	23527	23283	.	24488	23103	22200
Notenumlauf d. Bank von England	£	Mi	2378	2374	2314	2255	2216	2324	2344	2388	2438	2457	2458	2405	2361	2321
" " Bank von Frankreich	Mrd. NF	Do	37,5	38,5	39,0	38,5	37,6	40,7	42,2	42,2	42,0	42,5	43,5	43,9	43,4	.
" " Niederland. Bank	Mill. hfl.	Do	4646	4874	4840	4689	4626	4865	4998	5038	4897	4989	5327	5223	5031	4951
" " Belgischen Nationalbk.	m. sfrs.	Do	118131	119789	124422	124386	122742	123822	123293	126158	125128	124131	125960	129263	127640	125619
" " Schweizer	m. sfrs.	Do	6883	6854	6533	.	6331	6990	7223	7279	7487	7737	.	7656	7309	7045
" " Schwedischen	m. skr.	Do	6788	6559	6238	.	6076	6052	6467	6459	6784	7076	.	6870	6546	6315
Zahlungsmittelumlaf in USA	"	Mi	33174	33195	32849	32637	32287	33351	33504	33578	33932	34073	34171	33916	33661	33386
Geld- und Kapitalmarkt																
<i>Deutsche Bundesbank</i>																
Geld	Mill. DM	BSt	12257	12286	12538	.	12399	14429	14424	14424	14424	14425	.	14426	14426	14427
Gesamtaktiva aus d. Auslandsgeschäft	"	"	19852	17720	19221	.	19340	12263	12690	12759	12957	13650	.	14121	12574	11624
Inlandswchsel	"	"	1844	1283	1235	.	1519	875	1146	1409	1063	1010	.	1146	1063	820
Kassenkredite	"	"	8	79	126	.	11	1	9	15	4	5	.	167	416	8
Ausgleichsfordernngen und unverzinsliche Schuldverschreibungen	"	"	3291	3561	3164	.	3342	2474	2881	2894	3005	3418	.	3432	3410	2966
Einlagen insgesamt	"	"	18069	16696	16828	.	17805	16296	14360	14728	15501	17433	.	16600	16107	14842
darunter: von Kreditinstituten ⁴⁾	"	"	11414	13036	12126	.	12722	9208	8954	9696	8276	8855	.	11614	11145	9175
von öffentlichen Einlegern	"	"	6428	3439	3578	.	4682	6787	5148	4796	6954	8298	.	4733	4699	5422
<i>Halbmonatliche Bankenstatistik⁵⁾</i>																
Kurzfristige Kredite an Nichtbanken	"	"	.	30121	.	26753	.	29793	.	23247	.	.	.	30694	.	.
dar.: an Wirtschaftsuntern. u. Private	"	"	.	23771	.	23251	.	26623	.	20177	.	.	.	27761	.	.
an öff.-rechtl. Körperschaften	"	"	.	3351	.	3502	.	3170	.	3070	.	.	.	2933	.	.
Einlagen von Nichtbanken	"	"	.	60093	.	59435	.	65198	.	64634	.	.	.	67818	.	.
darunter Spareinlagen	"	"	.	27426	.	27454	.	30176	.	30001	.	.	.	31039	.	.
<i>Bank von England</i>																
Regierungspapiere d. Emissionsabtlg.	Mill. £	Mi	2397,9	2398,0	2348,0	2298,0	2248,0	2374,0	2374,0	2424,0	2474,0	2474,0	2474,0	2474,0	2424,0	2374,0
Forderungen der Bankabteilung	"	"	442,5	447,2	445,5	431,7	467,4	521,2	528,3	513,4	519,4	512,6	506,3	497,0	501,7	528,2
Einlagen	"	"	447,8	456,3	464,6	459,7	484,3	555,9	542,9	533,6	539,3	541,4	544,6	549,6	548,4	564,9
<i>Bundes-Reserve-Banken in USA</i>																
Aktiva insgesamt	Mill. \$	Mi	58729	52443	52677	51515	52232	51843	51010	51440	52006	53606	52810	52893	51356	.
darunter: Goldzertifikate	"	"	16594	16509	16317	16253	16146	15595	15584	15573	15495	15456	15456	15445	15403	.
Regierungspapiere	"	"	27060	27225	27205	27004	26912	28883	28775	29403	29259	29040	28933	28700	.	.
Einlagen insgesamt	"	"	18205	17687	18059	17445	17717	18219	17586	17794	17935	18499	18652	18802	18029	.
darunter: Regierungseinlagen	"	"	492	416	312	558	382	443	504	380	587	558	264	361	601	.
<i>Zinssätze</i>																
Tagesgeld in London	0/0 p. a.	Sa	3 3/8-4 1/8	3 3/8-4 1/4	2 1/2-4 1/4	3 3/8-4 3/8	3 3/8-4 1/4	4 3/8-5 1/2	4 3/8-5 3/8	4 3/8-5 3/4	4 3/8-5 1/2	4 3/8-5 1/2	4 3/8-5 1/2	4 3/8-5 1/2	4 3/8-5 1/2	4 3/8-5 1/2
Handelswechsel, 3 Mon., London	"	"	5 3/8-6	5 3/8-6	5 3/8-6	5 3/8-6	5 3/8-6	6 3/4-7 1/2	6 3/4-7 1/2	6 3/4-7 1/2	6 3/4-7 1/2	6 3/4-7 1/2	6 3/4-7 1/2	6 3/4-7 1/2	6 3/4-7 1/2	6 3/4-7 1/2
<i>Effektenmarkt</i>																
Kursdurchschnitte festverzinsl. Wertpapiere im Bundesgebiet u. in W-Berlin																
4 1/2%ige RM-Wertpapiere, auf DM ⁶⁾	vH	BSt	99,16	99,38	99,44	.	99,53	101,40	101,26	101,18	101,05	101,02	.	101,23	101,29	101,51
5 1/2%ige DM-Pfandbriefe ⁷⁾	"	"	108,46	108,69	108,82	.	109,31	112,49	112,40	112,26	112,13	112,10	.	112,32	112,55	112,96
5 1/2%ige DM-Komm.-Obligationen ⁸⁾	"	"	108,70	108,72	108,86	.	109,03	112,56	112,37	112,22	112,17	112,14	.	112,20	112,32	112,56
6 1/2%ige DM-Pfandbriefe ⁷⁾	"	"	96,13	96,50	96,58	.	96,56	100,16	100,08	100,00	99,98	99,98	.	100,00	99,98	100,03
8 1/2%ige DM-Industrieobligationen	"	"	102,83	103,25	103,08	.	103,25	103,44	103,63	103,50	103,50	103,38	.	103,31	103,38	103,38
Aktienindex, BRD ⁹⁾	31. Dez. 58 = 100	Fr	.	240,8	.	455,5	472,9	227,4	227,4	222,9	217,8	219,9	220,9	217,3	217,3	216,8
Aktienindex, Großbritannien ⁹⁾	1.7.1935 = 100	Fr	305,4	305,3	311,6	.	311,5	317,0	295,1	298,2	293,4	299,8	302,2	304,8	307,1	305,6
Aktienindex, USA ¹⁰⁾	\$ je Stück	"	613,2	615,9	621,6	633,7	634,4	732,6	728,8	728,2	729,4	720,9	731,1	714,8	711,7	700,7
Wechselkurse																
DM-Noten, Freiverkehr, Zürich	sfrs. je 100 DM	BSt	103,23	103,23	103,25	.	103,25	108,00	108,00	108,00	108,00	108,00	.	108,00	108,10	108,10
" " Devisenkurs, New York	\$ je 100 DM	Fr	23,98	23,98	23,98	23,98	23,98	24,98	24,98	24,98	24,98	24,98	.	24,98	25,03	25,03
" " Paris	NF je 100 DM	"	117,70	117,55	117,48	117,55	117,50	122,70	122,68	122,54	122,62	122,56	.	122,62	122,70	122,64
DM-Ost, Mittelkurs, Berlin	je DM-West	"	4,61	4,64	4,61	4,59	4,59	3,98	3,98	3,98	3,98	3,98	.	3,98	3,79	3,79
Weltrohstoffpreise																
<i>Indizes</i>																
Moody's Index	31.12.31 = 100	Fr	357,0	356,4	360,9	361,1	359,5	368,2	370,5	371,8	373,1	373,9	372,6	377,3	375,7	375,2
Reuter's Index	18.9.31 = 100	Fr	406,5	406,1	407,5	408,0	408,4	411,8	413,4	413,6	413,0	413,3	412,4	411,3	408,8	408,1
DIW-Index ¹¹⁾	1938 = 100	Mi	277,1	276,8	276,5	277,0	278,1	279,8	279,8	279,7	279,4	278,7	278,5	279,3	279,1	278,0
dar. Nahrung- und Genußmittel	"	"	254,2	252,5	252,5	252,8	254,0	257,6	257,8	257,8	257,1	257,5	257,0	257,2	255,8	253,1
Textilrohstoffe	"	"	336,4	336,4	336,0	338,5	340,9	341,2	340,8	340,8	339,9	337,5	338,7	338,6	339,0	338,7
Metalle	"	"	253,2	252,2	251,5	250,0	251,1	262,2	262,0	260,9	261,7	261,4	262,8	263,2	266,6	264,7
<i>Preise</i>																
Weizen, hardw. II, loco, New York	cts je 60 lbs	"	253,63	255,13	255,00	256,25	255,88	260,13	261,13	261,13	260,63	259,63	258,38	258,38	258,00	257,88
Kaffee, Santos, 4, loco, New York	cts je lb	"	36,00	36,00	36,00	36,00	36,50	34,00	34,00	34,00	34,00	34,00	34,00	34,25	34,25	34,25
Wolle, Komms., Cr. 48's, loco, Bradford	d je lb	"	73,00	73,00	73,00	73,00	73,00	73,00	73,00	73,00	73,00	73,00	72,00	72,00	72,00	72,00
Baumwolle, middl. 15/16, loco, New York	cts je lb	"	32,25	32,25	32,25	32,25	3									